„Eine Chance für unsere Altbauten“

MONTAGSINTERVIEW Angela Niering vom Kreis-Denkmalschutzbeirat über Fachwerk und Solar

VON CHRISTOPHER ZIERMANN

Hersfeld-Rotenburg – Das Land Hessen möchte künftig mehr Solaranlagen an denkmalgeschützten Häusern ermöglichen. Was bedeutet das für Waldhessen? Darüber haben wir mit der Bad Hersfelder Architektin Angela Niering gesprochen. Sie ist Vorsitzende des Denkmalschutzbeirates im Landkreis.

Drei dicke Bücher voller Denkmäler gibt es für den Landkreis Hersfeld-Rotenburg. Für die Bad Hersfelder Architektin Angela Niering ist die Thematik eine Herzensangelegenheit. FOTO: CHRISTOPHER ZIERMANN

Frau Niering, bei denkmalgeschützten Gebäuden geht es darum, Historisches und Schönes zu erhalten. Wie passen aus Ihrer Sicht dabei Solaranlagen ins Bild, rein optisch betrachtet?

Vor einigen Jahren hätte ich noch gesagt: Das passt nicht. Aber es ist eine Frage der Gewöhnung. Solarpanele sind mittlerweile nichts Neues mehr, man kennt den Anblick aus dem Alltag. Das Auge wird sich auch an Solaranlagen auf Fachwerkgebäuden gewöhnen.

Die Richtlinie aus Wiesbaden ist also gut?

Natürlich, sie ist sehr zu begrüßen und eine Chance für unsere Altbauten und Denkmäler. Wir müssen sehen, dass die vielen Gebäude, die es schon gibt und die nicht auf der grünen Wiese neu gebaut werden müssen, auch genutzt werden. Und diese Nutzung hat sich auch in den zurückliegenden 100 Jahren immer wieder geändert. Das wird sie auch weiterhin tun, und das wird für die Eigentümer interessanter, wenn diese Solaranlagen installieren können.

Was ist aus Ihrer Sicht die Folge der neuen Regeln?

In der Richtlinie steht, dass Genehmigungen für Solaranlagen „regelmäßig zu erteilen“ sind. Das bedeutet: Es wird sehr viel einfacher, Genehmigungen für Photovoltaikanlagen auf Dächern zu bekommen. Für die Hausbesitzer ist es eine große Chance auf eine Kostenreduzierung bei Strom und Wärme, insbesondere vor dem Hintergrund, dass Öl und Gas derzeit extrem teuer sind und ja auch grundsätzlich nicht mehr gewollt sind. Wärmepumpen sind in den meisten denkmalgeschützten Gebäuden keine Option.

Das heißt, nun dürfen auf allen Dächern Solaranlagen gebaut werden?

Nein, so pauschal kann man das natürlich nicht sagen, und das ist auch gut so. In der Richtlinie steht, dass bei einer „erheblichen Beeinträchtigung eines Kulturdenkmals“ eine abweichende Entscheidung, also eine Ablehnung, in Betracht kommt. Auch dann soll aber ein Weg gefunden werden. Dazu werden schon konkrete Vorschläge genannt: Die Panele können zum Beispiel auf untergeordneten Teilen des Daches angebracht werden. Außerdem muss nicht die gesamte vorhandene Fläche mit PV bestückt werden.

An welchen Orten im Kreis wären Sie auf jeden Fall gegen Solaranlagen?

Pauschale Aussagen würde ich da nicht treffen, aber ich halte zum Beispiel den Stiftsbezirk in Bad Hersfeld für sehr sensibel. Im Innenstadtbereich ist es eine Frage der Abwägung. Was man von den historischen Häusern sieht, ist in der Regel die Fassade – weniger die Dächer. Dort könnte es also mehr Solaranlagen geben, ohne dass aus meiner Sicht die Denkmäler unangemessen beeinträchtigt würden.

Sie sind Vorsitzende eines ehrenamtlichen Gremiums, das die Kreis-Denkmalschutzbehörde berät. Wie geschieht das?

Der Denkmalbeirat wird vom Kreis einberufen und setzt sich aus Politikvertretern und fachkundigen Bürgern zusammen. Dazu gehören neben Architekten wie mir auch Handwerker oder Personen, die sich mit Archäologie beschäftigen. Ich habe mein Diplom im Bereich der Denkmalpflege gemacht und auch beruflich viel damit zu tun. Unser Gremium kann von der Denkmalschutzbehörde bei Unklarheiten gehört werden, wir können mit zu Ortsterminen gehen und Empfehlungen abgeben.

Die historische Altstadt Rotenburgs ist bislang gänzlich frei von Solaranlagen. ARCHIVFOTO: SILKE SCHÄFER-MARG

ZUR PERSON

Angela Niering (44) wurde 1978 in Bad Hersfeld geboren. Nach dem Abitur am Obersberg studierte sie an der Fachhochschule Coburg Architektur und erwarb ein Diplom. Seit 2004 arbeitet sie in ihrer Heimatstadt als Architektin. Mitglied im Denkmalschutzbeirat ist sie seit 15 Jahren, den Vorsitz übernahm sie im Februar dieses Jahres. Seit 2012 ist die 44-jährige Energieberaterin für Baudenkmäler, darf also Anträge bei der KFW (Kreditanstalt für Wiederaufbau) und der BAFA (Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle) stellen. Niering ist verheiratet und hat zwei Kinder. In ihrer Freizeit tanzt sie gerne und beschäftigt sich mit Ernährung. czi

Und wie oft kommt das vor?

Seit Corona leider gar nicht mehr. Wir wollen versuchen, da wieder mehr Schwung reinzubringen. Leider ist der Austausch etwas eingeschlafen. Das hat auch mit der Arbeitsbelastung im Landratsamt zu tun. Wir haben für Hersfeld-Rotenburg drei dicke Bände voller Denkmäler, da ist der Ensembleschutz noch gar nicht dabei. Die Denkmalschutzpflege war im Landratsamt bislang nur mit einer dreiviertel Stelle besetzt, im September ist zum Glück eine halbe Stelle hinzugekommen. Mein Traum wäre ein Netzwerk mit vielen Besitzern von Baudenkmälern, in dem man sich über Verfahrenswege und Fördermöglichkeiten austauschen kann. Bislang fechten viele ihre Kämpfe allein aus.

Was ist für Sie die Triebfeder für das Engagement im Denkmalschutzbeirat?

Mein Studium war in diese Richtung ausgerichtet. Ich bin der Meinung, dass die Lebensqualität in einem Baudenkmal oft besser ist als in einem Neubau. Denn diese Häuser sind in der Regel Teil einer Struktur in den Ortskernen, die schon immer Gemeinschaft gefördert hat. Diese Bereiche dürfen nicht verwahrlosen. Der Altbau ist unsere Zukunft. Wir können es uns nicht leisten, immer mehr grüne Wiesen zu bebauen, wenn der Wohnraum anderswo ungenutzt zur Verfügung steht. In historisch gewachsener Gebäudestruktur gibt es mehr Gemeinschaft als in abgegrenzten Gärten in Neubaugebieten.

Für Private sind die Hürden oft hoch, viele lassen deshalb die Finger von Fachwerk. Was kann man dagegen tun?

Die Hürden müssen abgebaut werden, zunächst mal auf Bundes- und Landesebene. Dazu gibt es Forderungen von Architekten. Es gibt zum Beispiel die „Hessische Bauordnung“ als Gesetz. Die müsste eigentlich „Bau- und Umbauordnung heißen“. Natürlich können im Altbau nicht die Normen eingehalten werden, die man für Neubauten fordert. Dem müssen auch die gesetzlichen Vorgaben Rechnung tragen. Außerdem muss dafür gesorgt werden, dass sich Handwerksbetriebe auch im Altbau fortbilden. Das ist in den vergangenen Jahrzehnten etwas verloren gegangen. Alte Häuser haben als Kaufobjekt ein negatives Image bekommen. Das muss sich wieder ändern. Dabei hilft es unter anderem enorm, wenn künftig die Genehmigung von Solaranlagen leichter wird.

Freude bei Bürgermeistern, Landrat Warnecke bremst

Hersfeld-Rotenburg – Das Hessische Ministerium für Wissenschaft und Kunst möchte mit seiner neuen Richtlinie „die Potenziale denkmalgeschützter Gebäude für Erneuerbare Energien nutzen“, erklärt es in seiner Pressemitteilung. Das trifft bei Bürgermeistern im Landkreis auf große Zustimmung.

Ganz direkt könnte die Kommune Rotenburg profitieren, die selbst mehrere Fachwerkhäuser besitzt und mit dem geplanten Energiewerk großflächig in Erzeugung und Vermarktung von Strom und Wärme einsteigen will – wir berichteten.

Auch Haunetals Bürgermeister Timo Lübeck (CDU), der wie Angela Niering Mitglied im Denkmalschutzbeirat des Kreises ist, sagt auf Nachfrage unserer Zeitung: „Ich begrüße das ausdrücklich. Die Richtlinie versetzt Menschen in die Lage, in alte Gebäude zu investieren und sie auch zukunftsfähig zu nutzen. Meine Erwartung an die Genehmigungsbehörde, also unseren Landkreis, ist, dass sie diesen Spielraum auch nutzt und diese Investitionen ermöglicht.“ Flächenverbrauch bei Neubaugebieten müsse reduziert werden, solange es ungenutzten Bestand gebe.

Ähnlich äußert sich Schenklengsfelds Bürgermeister Carl Christoph Möller (SPD). Er habe die Pressemitteilung des Ministeriums mit großem Interesse gelesen. Auch in seiner Gemeinde gebe es viele Bürger, die ihre liebevoll restaurierten Fachwerkimmobilien mit einer Solaranlage ausstatten und so zum Klimaschutz beitragen wollten. „Leider wurde diesen dieses Privileg bisher verwehrt. Eine derartige Ungleichbehandlung in Zeiten des Klimawandels hat auch mich als Bürgermeister regelmäßig in Erklärungsnot versetzt. Daher bin ich dankbar, dass endlich eine Lösung für dieses Problem gefunden wurde.“

Im Landratsamt ist die Lesart der Richtlinie bislang aber eine andere. Die von Landrat Torsten Warnecke (SPD) geführte Genehmigungsbehörde kritisiert auf Nachfrage unserer Zeitung vor allem, dass man aus Wiesbaden noch nicht richtig informiert worden sei. Man sei „sehr auf die Auslegungshinweise der Ministerin gespannt“, die die Denkmalschützer auf Kreisebene erst für den 28. November zu einer Besprechung eingeladen habe. Vor diesem Termin könne man keine näheren Aussagen zur Richtlinie treffen. Es sei aber zweifelhaft, ob sich in der Praxis etwas ändern werde.

Torsten Warnecke Landrat (SPD)

Kaya Kinkel Landtagsabgeordnete (Grüne)

Es soll sich aber etwas ändern – das ist der Pressemitteilung des Ministeriums klar zu entnehmen. Dort wird darauf verwiesen, dass das Denkmalschutzgesetz bereits 2016 novelliert wurde. Schon vor sechs Jahren wurde festgeschrieben, dass Denkmalbehörden bei allen Entscheidungen die Belange des Klima- und Ressourcenschutzes besonders zu berücksichtigen haben. Die heimische Grünen-Abgeordnete Kaya Kinkel sagt unserer Zeitung: „Der bisherige Gesetzestext hat den Behörden auf Kreisebene viel Interpretationsspielraum gelassen. Das hat zu unterschiedlichen Auslegungen geführt, was nun nicht mehr passieren soll.“ Das Landesamt für Denkmalschutz werde zeitnah eine Broschüre für Denkmaleigentümer herausgeben, wie sie Solarenergie einsetzen können. Im Haushalt für 2023 und 2024 sei ein Programm zu Solarenergie und städtebaulicher Planung vorgesehen. czi

FOTOS: LANDRATSAMT, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

KOMMENTAR

Fachwerk und Solaranlagen

Landratsamt verunsichert Bürger völlig unnötig

CHRISTOPHER ZIERMANN

Torsten Warnecke hat im Landtag mit seiner SPD viele Jahre lang Opposition gemacht, bevor er 2021 Landrat geworden ist. Nun spielt seine Behörde zum Klassiker auf: „Böses Wiesbaden“.

Natürlich, wie so oft: Auch in diesem Fall kann man kritisieren, dass die Landkreise vom Ministerium nicht richtig informiert wurden. Das Landratsamt weist in seiner Beantwortung der Anfrage unserer Zeitung auch berechtigterweise darauf hin, dass die Pressemitteilung aus Wiesbaden mit einem Foto eines Gebäudes mit Solaranlage unterlegt war, deren Genehmigung in Hessen auch mit der neuen Richtlinie fraglich wäre. Ein peinliches Missgeschick.

Aber worum geht es hier inhaltlich? Im fernen Wiesbaden wurde eine Richtlinie erlassen, die besonders Menschen in ländlichen Regionen wie Waldhessen zugutekommen wird, wo es viel Fachwerk gibt. Was erreicht werden soll, erklärt das Ministerium unmissverständlich. Nun unterstellt das SPD-geführte Landratsamt dem Grünen-Ministerium sinngemäß einen PR-Gag, der in der Praxis nichts ändere. Die Qualität des Informationsflusses zwischen Wiesbaden und Bad Hersfeld ist für Wähler und Bürger ebenso zweitrangig wie mögliche verfrühte Landtagswahlkampf-Spielchen. Die Menschen wollen wissen: Darf ich nun Solaranlagen bauen oder nicht?

Mit seiner Reaktion verunsichert Warnecke die Bürger völlig unnötig – es sei denn, der Landkreis will rechtlich dagegen vorgehen, dass das Land den Menschen in Waldhessen ihr Leben erleichtern will. Oder er will seine Bürger zu Prozessen zwingen, sich ihr Recht aus dieser Richtlinie individuell erstreiten zu müssen. **czi@hna.de**